

Anforderungen an die Politik der regierungsbildenden Parteien im Deutschen Bundestag

für trans* und inter* und nicht-binäre Personen (TIN) © dgti e.V. September 2021

Vorname und Personenstand

- **Selbstbestimmung**

Überleitung des TSG in eine Regelung, die auf einer niederschweligen, bedingungslosen Selbsterklärung für alle TIN beruht. Einführung eines strafbewehrten Offenbarungsverbots.

- **Grundrechtlicher Schutz vor Benachteiligung**

Neufassung des Art. 3 des Grundgesetzes hinsichtlich des Schutzes und der Gleichstellung aller Geschlechtszugehörigkeiten.

Gesundheitsversorgung

- **Sicherstellung der Gesundheitsversorgung:**

Verankerung des Anspruchs auf selbstbestimmte geschlechtsangleichende Maßnahmen im SGB V für alle trans*, inter* und nicht-binären Personen, einschließlich einwilligungsfähiger Minderjähriger.

- **Sicherstellung der Gesundheitsversorgung unabhängig von Systemversagen und regionalen Versorgungslücken**

Verankerung einer Aussetzung des Arztvorbehaltes gem. § 15 Abs 1 SGB V und Sicherstellung der Verfügbarkeit geschlechtsangleichender haarentfernender medizinischer Leistungen unter Anwendung der §§ 63 Abs 1, 64 Abs 1 bzw. 65 Abs 1 SGB V im SGB V. Wobei die Versorgung in einem großräumigen Landkreises" im Sinne des § 24 Buchst a ÄbedarfsplRL sichergestellt werden muss, das heißt in einer Entfernung von höchstens 25 km.

Dies ist konkludent auch auf eine psychotherapeutische Begleitung der Transition anzuwenden.

- **Entpathologisierung der Gesundheitsversorgung:**

Inkraftsetzung der Diagnoseschlüssel der WHO ICD 11 (§§ 295 Abs 1 Satz 3 u. 301 Abs 2 Satz 1 SGB V) zum 1.1.2022

Beratungs- und Antragsrecht in der Gesundheitsversorgung

Im SGB V verankerte Vertretung bundesweiter TIN Organisationen im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA)

Ausnahmsloses Verbot vereindeutigender Operationen am Genital bei Kleinkindern ohne akute medizinische Notwendigkeit

§ 1631e lässt zu viele Ausnahmen zu (z.B. Hypospadie), die an die Diagnose „Varianten der Geschlechtsentwicklung gekoppelt sind. Keine Diagnose – unwirksames Verbot.

Ausschluss der Abtreibung intergeschlechtlicher Föten allein aus dem Grund der Intergeschlechtlichkeit.

Entschädigung auf Grund von Grundrechtsverstößen

- Entschädigung von Personen, die nach der Geburt genitalvereindeutigende operative Eingriffe erlitten haben, ohne die Möglichkeit über diese selbst und aus eigenem Willen zu entscheiden.
- Entschädigung von Personen die durch gesetzliche Bestimmungen, u.a. im TSG §8 Abs. 1 (3), genötigt wurden, körperverändernde Eingriffe an sich vornehmen zu lassen.
- Entschädigung von Personen die durch gesetzliche Bestimmungen, u.a. im TSG §8 Abs. 1 (2), genötigt wurden bestehende Ehen aufzulösen.
- Entschädigung von Personen die auf Grund ihrer von ihrer Geburtszuweisung abweichenden Geschlechtszugehörigkeit staatlichen Repressionen ausgesetzt waren, insbesondere Verfahren nach den §§ 175 StGB u. 360 Abs 1, Ziffer 11, 2. Alt. StGB alte Fassung.

Diskriminierungsschutz

- Umsetzung eines nationalen Aktionsplanes für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Institutionelle Förderung von Beratung und Fortbildung durch TIN Peerorganisationen durch den Bund.
- Bundesweite eindeutige Erfassung trans* feindlicher Straftaten in einer eigenen Kategorie geschlechtliche Identität
- Ergänzung des AGG um die Anwendungsgebiete staatliche Bildung, Verwaltung und Justiz und das persönliche Merkmal geschlechtliche Identität, keine Sonderstellung religiöser Einrichtungen bei Personen, die nicht unmittelbar im Verkündigungsdienst tätig sind.
- Verpflichtung staatlicher Institutionen und KdÖR alle vier möglichen Personenstände bis zum 31.3.2022 in Online-Portalen, Formularen und Anschreiben einzuführen.
- Erweiterter Kündigungsschutz für Menschen in Transition (analog „Mutterschutzgesetz“)
- Auch Hassrede und jede andere Form von Hasskriminalität gegen TIN Personen muss strafbar sein:
 - kein folgenloses bewusstes Absprechen der Geschlechtszugehörigkeit mehr
 - Auslegungsmöglichkeiten bei der Strafverfolgung zu Lasten der Opfer beschränken
- Ergänzung §192a StGB um das Merkmal geschlechtliche Identität

Einführung des Tatbestandsmerkmals „Hasskriminalität“ in den Strafverfolgungsvorschriften analog zum Merkmal der „Politisch Motivierten Kriminalität“ um die Verfolgung von Straftaten gegen queere und andere marginalisierte Gruppen zu erleichtern
- Elternschaft und Ehe entsprechend dem rechtlichen Personenstand

Novellierung und Anpassung der §§ 1591 u 1592 BGB (*Abstammungsrecht*) hinsichtlich der Berücksichtigung der aktuell möglichen Personenstände. Schaffung einer Regelung zur nachträglichen Berichtigung von Urkunden hin zum aktuellen Vornamen und Personenstand,

d.h. u.a. Heiratsurkunden und Geburtsurkunden von Kindern, so lange diese nicht volljährig sind.

Neuformulierung des Mutterschutzgesetzes in Hinblick auf gebärende Personen jeglichen Personenstands.